

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

75. Jahrgang – Nr. 79 – April 2026

Gauleiter Uiberreither. Zwei Leben

Christenverfolgung weltweit

Gedenken im März



Viele Ereignisse in der Welt von heute erinnern uns an Golgotha. Doch wir dürfen auf die Auferstehung hoffen.



Worte des Chefredakteurs

Im Gedenkjahr 2025 machte uns eine Reihe von höchst kundigen Gastautoren mit den zu begehenden Ereignissen vertraut. Wir schätzen uns glücklich, dass wir auch heuer wieder exzellente Beiträge bieten können. Univ. Prof. Stefan Karner stellt uns seine Biographie einer höchst ungewöhnlichen Person vor. Ohne besondere vorherige NS-Karriere wird Sigfried Uiberreither nach dem „Anschluss“ Landeshauptmann der Steiermark und tritt nach dem Krieg jahrzehntelang als „Friedrich Schönharting“ auf. Walter Tancsits macht sich Gedanken, was der demographische Wandel für uns bedeutet. Jan Lédochowski schildert, welchen Verfolgungen Christen in Nigeria ausgesetzt sind. Am Campus Tivoli ist ein Stichwortgeber entstanden. Florian Neuhauser präsentiert uns drei Persönlichkeiten aus dieser reichen Palette und stellt Überlegungen zu den Gemeinsamkeiten an. Selbstverständlich dürfen nicht die Gedenksteine von Markus Kroiher für zwei weitere Widerstandskämpferinnen fehlen. Felix Ofner schildert, wie sein Urgroßvater Johann Lutschinger wesentlich zur Aufklärung der Verbrechen beim Todesmarsch von Engerau beitrug. Die NS-Medizinverbrechen sind der Ausgangspunkt der niederösterreichischen Landesausstellung 2026. Dabei wird aber die seelische Gesundheit in einen größeren Zusammenhang gestellt.

Natürlich berichten wir in jeder Ausgabe über Veranstaltungen, die von der Bundes- und den Landesorganisationen organisiert oder besucht wurden. Bundesobmannstv. Gaby Wagner unterzog sich der Mühe, eine Liste dieser Aktivitäten für das Jahr 2025 zu erstellen und kam auf 45 Veranstaltungen, an denen Vertreter unserer Kameradschaft teilgenommen haben. Der Dank gilt ihr und den Teilnehmern.

Dem nebenstehenden Artikel kann entnommen werden, wie es um unsere Wünsche für einen neuen Geschichtslehrplan der AHS-Oberstufe steht.

Euer Paul Mychalewicz

Der neue Lehrplan für Geschichte – ein Update

Im letzten Freiheitskämpfer (Nr. 78, Seite 2) haben wir uns mit dem bevorstehenden neuen Lehrplan für Geschichte und Politik in der Oberstufe des Gymnasiums befasst. Ausgangspunkt war der bereits durchgesickerte Entwurf. Darin kommt der österreichische Widerstand gar nicht und die Zweite Republik nur sehr lückenhaft vor. Das war für unsere Kameradschaft natürlich unakzeptabel. Wenn man allerdings etwas ändern will, muss man Lobbying betreiben. Als naheliegendste Verbündete haben wir uns zunächst mit den anderen beiden Opferverbänden, dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und dem KZ-Verband, ins Einvernehmen gesetzt. Dafür wurde eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände im Dezember genützt. Dabei kamen die drei Organisationen überein, in dieser Frage zu kooperieren. Zunächst wollte man sich an die Bildungssprecher von ÖVP, Generalsekretär Nico Marchetti, und SPÖ, Dr. Heinrich Himmer, wenden. Eine Veranstaltung an Wiener Universität im Jänner ergab die Gelegenheit, beide gleichzeitig persönlich zu sprechen. Sie stimmten unserem Wunsch, den Widerstand in den Lehrplan aufzunehmen, vollinhaltlich zu, und meinten, dagegen sollte es doch wohl „keinen Widerstand“ geben. Sie wollten auch ihre Kollegin von den NEOS diesbezüglich kontaktieren. Der guten Ordnung halber wurde unsere Forderung noch in Mails an Marchetti und Himmer festgehalten.

Inzwischen gestaltet sich das Verhältnis zum kleinen Koalitionspartner eher mühsam. Seit Wochen werden wir mit unausgegorenen Ideen des Bildungsministers überrascht. Seine geplante Kürzung der Lateinstunden in der AHS-Oberstufe um ein Drittel hätte einen ungeheuren negativen Effekt auf andere Gegenstände, wie die lebenden Fremdsprachen, zur Folge. Die Anwendung

von KI im Unterricht braucht man jedoch nicht neu zu erfinden. Bereits 2024 wurden unter Bildungsminister Martin Polaschek 100 KI-Pilotschulen eingerichtet. Man muss nur alles, was sich bisher bewährt hat, flächendeckend einführen. Auch die Demokratiebildung, die jetzt als letzter Schrei angepriesen wird, gibt es schon in den Fächern „Geschichte und Politische Bildung“ in der AHS beziehungsweise „Politische Bildung“ in der BHS.

Warum stimmt uns die nunmehr vom Zaun gebrochene Debatte so genervt? Es werden Probleme diskutiert, die wir eigentlich gar nicht haben, statt uns auf unbedingt notwendige Änderungen zu konzentrieren. Das sind eben der fehlende Widerstand, möglichst in all seiner Vielfalt, und die lückenhafte Darstellung der Zeit nach 1945. Diese Forderungen dürfen in den derzeitigen Auseinandersetzungen nicht unter den Tisch fallen. Unsere Kameradschaft und auch die anderen Opferverbände werden nicht nachlassen und die zuständigen Stellen immer wieder erinnern. Aber auch jeder von uns kann mit Leserbriefen und anderen öffentlichen Äußerungen aktiv werden. Habe ich in der letzten Nummer auf unser Buch zum Widerstand hingewiesen, so ist es diesmal ein Podcast, zu dem ich eingeladen wurde. Meinem Gesprächspartner war die österreichische Zeitgeschichte ein besonderes Anliegen. Das gab mir die Gelegenheit, ausführlich auf den katholischen und bürgerlichen Widerstand, aber auch auf Fragen der Nachkriegszeit einzugehen. Diesen Podcast findet man auf YouTube. Danach muss man nur „Paul Mychalewicz“ eingeben. Sobald der Beginn der Aufzeichnung erscheint, finden sich die einzelnen Themen mit Zeitangaben, sodass man auswählen kann, ohne sich das gesamte Gespräch anhören zu müssen.

PM ■

Der demografische Absturz Europas

Unsere Nationalrätin Gudrun Kugler setzt sich im europäischen Bereich mit der demografischen Entwicklung auseinander, und weist auf die geopolitischen und materiellen Folgen, auch für unser Land und unsere Bevölkerung hin. Das Thema ist ebenso für den *Freiheitskämpfer* interessant. Die Kameradschaft der politisch Verfolgten hält die Erinnerung an Vorgänger wach, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, und dadurch die Freiheit der Bürger, sowie der Familien in Österreich schützen wollten. Damit hat sie auch einen Beitrag zum Überleben Europas geleistet. Heute besteht die Gefahr des – vielleicht nur scheinbaren – harmlosen Aussterbens unserer freien, europäischen Gesellschaft.

Zuerst einige Zahlen, wie sie bei der Veranstaltung „Demografie und Geopolitik“ des „Instituts für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUFE)“ präsentiert wurden: Die Anzahl der Weltbevölkerung hat sich in den letzten 100 Jahren verdreifacht. Sie beträgt jetzt acht Milliarden Menschen und im Jahr 2050 sind 9,7 Mrd zu erwarten. 1950 stellte Europa noch 20% der Weltbevölkerung, 2050 werden es nur noch 7% sein. In China und Indien wird dann ein Drittel der Weltbevölkerung leben. Indien hat jetzt schon China mit der weltweit höchsten Einwohnerzahl (1,46 Milliarden) überholt. Chinas Bevölkerung nimmt aufgrund seiner Überalterung und Kinderarmut seit einigen Jahren ab, und wird in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts deutlich zurückgehen. Das ist natürlich auch eine Folge der jahrzehntelangen Politik der KP Chinas mit ihren erzwungenen Abtreibungen. Europa kennt diesen Zwang nicht. Hier gibt es aber viele materielle Hindernisse und ideologische Kämpfe gegen Familiengründung, sowie des Kinderkriegens. Beispielsweise wurde im Februar 2025 in einer angeblichen „Rechtsextremismus-Studie“ Familienfreundlichkeit als rechtsextrem beschimpft!

Afrika nimmt neben Indien auch deutlich an Einwohnern zu, und hat die jüngste Bevölkerung. Das Medianalter der Afrikaner ist 19 Jahre, das europäische liegt bei 43 Jahren. Nigeria ist das größte Land des Kontinents und wächst auf über 400 Millionen Einwohner. Leider ist Nigeria derzeit wegen seiner brutalen Christenverfolgung medial bekannt.

Von den bisherigen Großmächten bleibt Amerika bei einer Änderung der Zusammensetzung der Bevölkerung in der Gesamtzahl stabil. Die russische Bevölkerung hingegen schrumpft weiterhin. Nicht nur auf der europäischen Seite, wo jetzt schon 80% seiner Einwohner zu Hause sind, sondern auch im „leeren Sibirien“. Dort ist ein noch stärkerer Einwanderungsdruck von chinesischer Seite zu erwarten.

Die **demografische Entwicklung beeinflusst die innere und die äußere Sicherheit**. In Europa und in Österreich werden nicht nur dringend benötigte Arbeitskräfte zur Migration animiert. Man lässt schlicht die falschen Leute ins Land kommen, wie etwa Sozialhilfeempfänger mit oftmals gewaltpolitischem Umgestaltungswillen. Dann steht man diesen eher hilflos gegenüber. Aber auch geopolitisch nimmt die Bedeutung



Europas rapide ab. Das wird gerade in der heutigen Zeit durch Präsident Trump deutlich gemacht. Es soll aber niemand glauben, in einer Präsidentenära nach Trump werden sich diese Fakten ändern, auch wenn sie vielleicht nicht mehr so laut zum Ausdruck gebracht werden.

Altersvorsorge: Der Rückgang der Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Pensionisten führt letztlich zu unerträglichen Abgabenbelastungen. Damit wird das Arbeiten für alle Berufstätigen zunehmend uninteressant. Wir merken auch schon, in der an sich schlechten Wirtschaftssituation, einen zunehmenden Fachkräftemangel. Besonderen Bedarf haben wir auch an **Pflegepersonal**. In Japan, mit seiner schrumpfenden Bevölkerung, werden Pflegekräfte schon heute durch KI-gesteuerte Pflegeroboter ersetzt.

Familienpolitik: Wir haben immer weniger Mütter und Kinder. Zum Bevölkerungserhalt wären 2,1 Kinder je Frau erforderlich. In Österreich liegen wir bei 1,3 und in der autochthonen Bevölkerung bei 0,9. Ein Zurückdrehen der Entwicklung ist nicht zu erwarten. Aber ein Stabilisieren und Abfangen des weiteren Geburtenrückgangs sollte politisches Überlebensziel sein!

Hier einige Vorschläge dazu:

- ▶ Wie in den 90er Jahren sollten wieder drei Karenzjahre angestrebt werden.
- ▶ Karenzzeit und Kinderteilzeit darf nicht zu beruflichen Nachteilen führen.
- ▶ Während des Studiums und der Ausbildung muss die öffentliche Hand Kinderkosten übernehmen, um ein niedrigeres Erstgeburtsalter zu ermöglichen.
- ▶ Kinder müssen mit Reduzierung von Pensionsbeiträgen berücksichtigt werden.
- ▶ Bei der aktuellen Diskussion um Wehr- und Zivildienstpflicht für Frauen sollen Mütter ausgenommen werden.
- ▶ Eltern sollen ein Stimmrecht für ihre Kinder bis zu deren 16. Lebensjahr ausüben können (nach dem Modell der kath. Pfarrgemeinderatswahl).

Zum Abschluss des Familienkapitels, welches für ganz Europa Kern seines demografischen Niedergangs ist, sei auf Papst Leo XIV verwiesen. Er sagte in seiner Neujahrsansprache, dass die Kirche Abtreibung kategorisch ablehne und beklagte, „dass öffentliche Mittel für die Vernichtung von Leben verwendet werden, statt in die Unterstützung von Müttern und Familien investiert zu werden.“

Walter Tancsits ■



© Tobias Gärtner

NÖ Landesausstellung 2026: „Wenn die Welt Kopf

Die Niederösterreichische Landesausstellung 2026 am Areal des Landesklonikum Mauer lädt von 28. 3.-8. 11. 2026 Besucherinnen und Besucher ein, sich dem Thema seelischer Gesundheit aus unterschiedlichen Perspektiven zu nähern. Zum ersten Mal findet eine Landesausstellung auf einem Klinikgelände bei laufendem Betrieb statt – ein Bekenntnis für Respekt, Offenheit und Miteinander.

Es ist eine einzigartige Landesausstellung, die von 28. März bis 8. November 2026 unter dem Titel „Wenn die Welt Kopf steht – Mensch. Psyche. Gesundheit.“ am Areal des Landesklonikum Mauer stattfindet. Die Ausstellung widmet sich einem hochaktuellen und wichtigen Thema: der psychischen Gesundheit. Im Fokus stehen die Enttabuisierung psychischer Erkrankungen sowie die Entstigmatisierung Betroffener und Angehöriger.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betont die nachhaltige Bedeutung der Landesausstellungen als wichtiger Motor für Kultur, Identität und Tourismus für das Bundesland: „Seit Jahrzehnten zeigen die Niederösterreichischen Landesausstellungen, welche Kraft in ihnen steckt: Sie stiften Identität,

machen regionale Stärken sichtbar und eröffnen wirtschaftliche Chancen, weit über die Dauer einer Ausstellung hinaus.“ Dass 2026 die psychische Gesundheit im Zentrum steht und das Landesklonikum Mauer als Standort gewählt wurde, ist ein bewusstes und starkes Zeichen, so Landeshauptfrau Mikl-Leitner: „Wir geben diesem Thema bewusst Raum – mit Menschlichkeit und mit dem Respekt, den dieser Ort und dieses Thema verdienen.“

Erstmals findet eine NÖ Landesausstellung auf einem Klinikgelände bei laufendem medizinischen und therapeutischen Betrieb statt. Das ist ein klares Bekenntnis für Respekt, Offenheit und Miteinander. Gleichzeitig erfordert das viel Sensibilität im Umgang mit den Menschen, die dort wohnen und arbeiten.

Die NÖ Landesausstellung 2026 eröffnet vielfältige Einblicke in den historischen und aktuellen Umgang mit psychischen Erkrankungen, ergänzt durch persönliche Stimmen von Patientinnen und Patienten, Angehörigen und Mitarbeitenden. Und sie gibt die Möglichkeit, das Landesklonikum Mauer, das seit über 120 Jahren eng mit der psychiatrischen Versorgung in Niederösterreich verbunden ist, aus neuen Blickwinkeln zu erleben. Der wissenschaftliche Leiter der NÖ Landesausstellungen Armin Laussegger führt aus: „Im Zentrum der Ausstellung steht der gesellschaftliche



© Karin Golizza

Landesklonikum Mauer

steht – Mensch. Psyche. Gesundheit.



© Gerald Kühner

Umgang mit psychischen Erkrankungen – im Wandel der vergangenen 250 Jahre. Es ist keine Fortschrittserzählung, sondern wir zeigen die historischen Entwicklungen in ihrer Komplexität auf: mit Brüchen und Widersprüchen. Das Medium einer Ausstellung eignet sich dazu besonders: die knapp 370 Objekte aus Geschichte und Gegenwart ermöglichen den Gästen differenzierte und abwechslungsreiche Einblicke. Wir möchten damit Wissen vermitteln, Ängste abbauen und

Mut machen, über psychische Gesundheit zu sprechen.“

Die Hauptausstellung im Direktionsgebäude beleuchtet in vier Abschnitten den Umgang mit psychischen Erkrankungen im Wandel der Zeit. Die Themen reichen von der Suche nach dem

Sitz der Seele, über die unterschiedliche Wahrnehmung von Krankheit und Gesundheit und die Errichtung der Heil- und Pflegeanstalten sowie die Veränderung der Behandlung psychischer Erkrankungen bis hin zur Antipsychiatriebewegung und zu gegenwärtigen Anliegen der psychischen Gesundheit.

Lernort zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen entsteht

Außerdem übernimmt die Niederösterreichische Landesausstellung 2026 gesellschaftliche Verantwortung und errichtet im Haus 18 einen dauerhaft zugänglichen Lernort zur Geschichte der NS-Medizinver-

brechen im Landeskrankenhaus Mauer, der die Geschichte des Landeskrankenhaus Mauer im Nationalsozialismus behandelt und auch über die Dauer der Landesausstellung hinaus zugänglich ist. „Der Lernort wird ein wichtiger Ausgangspunkt für eine angemessene Gedenk- und Erinnerungsarbeit am Standort des Landeskrankenhaus Mauer“, sagt Armin Laussegger. „Über einen biografischen Zugang wird er das Schicksal der zahlreichen Opfer der NS-Medizinverbrechen vermitteln und damit zu einem Ort der Reflexion, des Erinnerns, der Forschung und der aktiven Auseinandersetzung.“ Der Lernort steht auch nach der Landesausstellung bei freiem Eintritt zur Verfügung.

Um die Ausstellungsorte am Gelände des Landeskrankenhaus Mauer miteinander zu verbinden, wird für die NÖ Landesausstellung 2026 ein kuratierter Rundweg geschaffen, der Besucherinnen und Besucher durch das Areal führt und über historische und ausstellungsrelevante Themen sowie die beeindruckende Jugendstil-Architektur informiert. Seelische Gesundheit wird in der Landesausstellung als ein Anliegen der gesamten Gesellschaft vermittelt. Zudem wird gezeigt, dass die Moststraße als Gesundheitsregion mit ihren vielfältigen kultur- und gesundheitstouristischen Möglichkeiten viel zu bieten hat.

(Quelle: Schallaburg – Presse)



© Landessammlungen NÖ / Christoph Fuchs

„Narrenurm“, 2. Hälfte 20. Jahrhundert



© Landessammlungen NÖ / Peter Böttcher

„In Ketten legen (Krankenbetreuung in früheren Zeiten)“ von August Lancedelli



© Landessammlungen NÖ / Christoph Fuchs, Art brut KG

Doppeltjunge.! von August Walla

**Informationen zur
NÖ Landesausstellung 2026**
Öffnungszeiten:
28.3.–8.11.2026
Täglich 9 bis 18 Uhr
www.noelandesaussstellung.at

Stefan Karner

Gauleiter Uiberreither. Zwei Leben

Für viele war er tot, für andere nach Südamerika entkommen – geflohen mithilfe der Amerikaner, noch ehe ihn Tito vor ein Militärgericht gestellt hätte. Die Forschungen seines Schwiegervaters Alfred Wegener zu Grönland und den Kontinentalverschiebungen wären für die Amerikaner der Deal gewesen: Papiere gegen Freiheit. Es klang plausibel, doch so war es nicht.

Tatsächlich hatte der ehemalige steirische Gauleiter Sigfried Uiberreither seine Identität gewechselt und lebte als Friedrich Schönharting unerkannt mit seiner Frau Käthe und seinen vier Kindern in Sindelfingen bei Stuttgart, war bekannt mit dem Oberbürgermeister und befreundet mit dem ev. Pfarrer, besuchte Gottesdienste und managte mit Erfolg den angesehenen mittelständischen Betrieb seines Unterkunftsgebers Martin Bitzer.

Doch hinter der äußeren Fassade beherrschte ihn die alltägliche Angst, entdeckt zu werden, machte ihn übervorsichtig, schnürte den Bewegungsradius seiner Familie ein. Kein überflüssiges Wort gegenüber Dritten, kein Nachfragen zu Hause bei Tisch, keine Reisen ins Ausland. Ein Plan, über die Schweiz nach Venezuela auszureisen, wurde in den 1950er-Jahren wegen gesundheitlicher Probleme fallengelassen.

Uiberreither hatte zwei Leben, mehrere Gesichter, eine große bekannte Familie in Salzburg, war verwandt mit den Wegeners und Heinrich Harrer, saß an Hitlers Tafel, war in Nürnberg Zeuge der Verteidigung in Prozessen gegen Hauptkriegsverbrecher, und war inhaftiert bei Briten und Amerikanern,

zuletzt in Dachau, von wo er 1947 floh. Von da weg begann sein zweites Leben. Nicht versteckt, sondern in aller Öffentlichkeit als Prokurist eines Unternehmens, das er wesentlich prägte. Mit einer Frau, die in der Stadt als Musiklehrerin angestellt war und hunderte Kinder in musikalischer Früherziehung unterrichtete. Allerdings mit einer gänzlich neuen Identität.

Uiberreither war mit 30 Jahren steirischer Landeshauptmann und Gauleiter geworden, war zu diesem Zeitpunkt (Mai 1938) kein Mitglied der Partei, hatte nicht den Stallgeruch eines „Alten Kämpfers“ und den Weg in eine NS-Organisation erst 1937 als Schulungs-

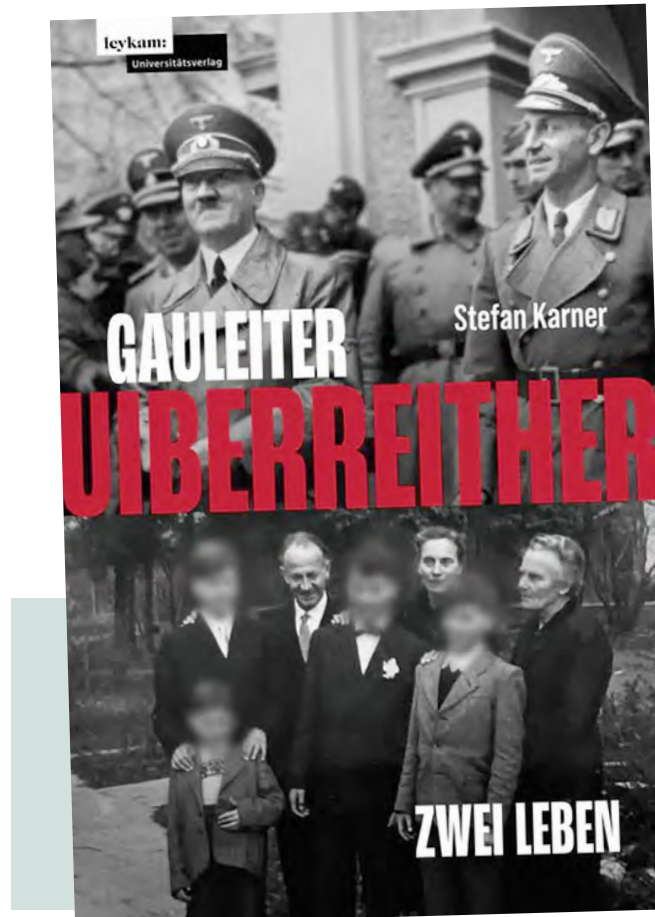
leiter der SA, gefunden. Bis zuletzt seinem „Führer“ treu ergeben, von der Richtigkeit seiner Politik und vom „Endsieg“ überzeugt, zu dem die Steiermark unter seiner Führung einen entscheidenden Beitrag leisten sollte.

Uiberreither verlangte Respekt, kannte kaum Freundschaften, war der Musik zugehörig, spielte passabel Klavier, war sportlich und sportbegeistert, asketisch, wirkte arrogant, eitel und überheblich, autokratisch im Führungsstil, mögliche innerparteiliche Mächtigen-Mitregierer, wie seine Stellvertreter, Regierungspräsident Müller-Haccius oder den stv. Gauleiter Tobias Portschy, schob er zur Seite.

Hitler erwog, ihn anstelle von Rust zum Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu ernennen. Von der Parteispitze in Berlin wusste er Goebbels, Bormann und Ley auf seiner Seite.

In der Handhabung des Kriegsalltages und in der Befolgung seiner eigenen Anordnungen war er übereifrig und sah sich als Vorbild.

Den katholischen und evangelischen Klerus verfolgte er fast manisch, persönlich nahm er den steirischen Bischof Pawlikowski fest, als stv. Reichskommissar „für die Festigung deutschen



Stefan Karner

„Gauleiter Uiberreither. Zwei Leben“.

Leykam. Graz-Wien 2025,

Leykam 2025, 1., 2. Aufl. 512 Seiten;

3. erweiterte Aufl. 528 Seiten;

140 Fotos, über 50 Abbildungen

(Faksimiles); 40.- Euro

Volkstums“ und damit Himmels Stellvertreter in der Untersteiermark, suchte er ab 1941 die slowenische Kultur im Land auszulöschen. Mit seiner Zustimmung wurden Geiseln erschossen, Todesurteile gefällt und Tausende aus politischen und rassistischen Gründen verfolgt.

Öffentliche Tiraden gegen Juden sind von ihm zwar nicht bekannt, doch schloss er eine Amnestie für Juden aus, auch wenn diese nach dem NS-Strafrecht erwägenswert gewesen wäre. Die SA, deren Brigadeführer er war, organisierte 1938 die Reichspogromnacht, brannte die Grazer Synagoge und die Zeremonienhalle am jüdischen Friedhof nieder, zerstörte die südburgenländischen, jüdischen

Gemeinden. In den letzten Kriegswochen war er mitverantwortlich für die Todesmärsche Tausender ungarischer Juden, die über den Winter am militärisch völlig nutzlosen „Südostwall“ geschantzt hatten, und quer durch die Steiermark in Richtung Mauthausen getrieben wurden. Gehunfähige wurden erschossen, unterwegs Massaker, wie am Präbichl durchgeführt, die er später in Nürnberg abstritt.

Erfolgreich war Uiberreither in seinem Bemühen, der wirtschaftlich starken Steiermark einen weiteren industriellen und technologischen Schub zu geben: Böhler, die Alpine, Elin, Treiber, die VDM-Luftfahrtwerke, die Schmidwerke oder Schoeller-Bleckmann wurden wichtige Produzenten unter den über 200 steirischen Rüstungsbetrieben.

Nur wenige Stunden bevor die Rote Armee am Morgen des 9. Mai 1945 in Graz einmarschierte, floh Uiberreither. Er hatte die Herrschaft als letzter aller Gauleiter abgetreten. Bald wurde er von den Briten verhaftet, vielfach verhört und als Zeuge nach Nürnberg zum Internationalen Militärgericht gegen die Hauptkriegsverbrecher. Aufgrund einer interalliierten Regelung sollte er nach Jugoslawien abgeschoben und dort vor ein Militärgericht gestellt werden. Es folgten 1946 Stationen in amerikanischen Lagern, ehe er im Herbst 1946 ins US-Camp Dachau kam, von wo er Anfang Mai 1947 nach Sindelfingen bei Stuttgart mit Wissen der US-Dienste, der Hilfe der Organisation Gehlen und Untergrund-Bruderschaften ehemaliger Nationalsozialisten floh. Dahin folgten ihm ein Jahr später seine Frau, die 1948 vom Grazer Volksgericht, nach Haftverbüßung entlassen wurde, und die drei Buben im Alter von 4 bis 7 Jahren nach.

Was Uiberreither im Vergleich zu anderen hohen NS-Herrschaftsträgern einzigartig macht, ist sein zweites Schatzenleben in Deutschland bis zu seinem Tod 1984 in Sindelfingen. Dabei gelang es ihm, sein erstes Leben völlig zu verbergen und als „Friedrich Schönharting“ völlig neu zu beginnen. Er ist der einzige Gauleiter, der fast 40 Jahre lang, die Hälfte seines Lebens bis zu seinem Tod, unerkannt bleiben und sich einem Gerichtsverfahren entziehen konnte. Sigfried Uiberreither gab es seit Mai 1947 nicht mehr, er hatte sich gewissermaßen fortgebeamt! „Schönharting“ war aus dem Nichts gekommen und als Name solitär – anfangs geschützt von einem NS-Netzwerk und dem Geheimdienst, nicht verraten von einer Handvoll Vertrauter in Sindelfingen und in Graz.

Von wenigen bürokratischen Anläufen abgesehen, suchte man Uiberreither schon nach wenigen Jahren nicht mehr. Weder in Österreich noch in Deutschland. Eingehende Recherchen bei seiner Schwiegermutter Else Wegener und bei Verwandten unterblieben oder wurden eher lax durchgeführt. Alle zaghaften Versuche, ihn zu finden, verliefen im Sand oder wurden in den Sand gesetzt. Dies rechtfertigte zum Teil auch ein raffiniert fingierter Brief, der die Abreise der Familie nach Südamerika vorgab. Schließlich kamen die Erhebungsstellen in Deutschland und Österreich zur Überzeugung, dass Uiberreither und seine Familie nach Südamerika entkommen war und man ihn von dort nicht werde zurückholen können.

Uiberreithers Überlegungen, sich doch einem deutschen Gericht zu stellen, wurden zu Ende der 1950er-Jahre verworfen, weil eine Überstellung nach Jugoslawien und die Todesstrafe zu befürchten waren. Bis heute

entschied sich die Familie für die Beibehaltung der gefälschten Identität und für das Schweigen – bis heute.

Wenn „Einsicht eine Schwester der Reue ist“ (Tolstoj), so war bei ihm doch beides nicht erkennbar. Schuld und Reue zeigte er höchstens hinsichtlich der NS-Politik in ihrer Gesamtheit, weil vieles „falsch gelaufen“ sei, wobei er von Vielem nichts gewusst haben wollte. Von Hitler fühlte er sich – in dieser konstruierten Konsequenz – daher verraten. In den letzten Lebensjahren hatte er, wohl wegen seiner christlichen Prägung, nur noch Angst vor dem Tod und dem, was danach auf ihn zukommen könnte. Ist dies vielleicht ein Indiz für ein stilles, unausgesprochenes Eingeständnis seiner persönlichen Schuld? Einen Beleg gibt es dafür nicht – auch nicht mündlich.

Der von ihm erfundene Familienname „Schönharting“ ist auf der Stele über seinem Grab zu Recht geteilt. Eine Metapher für sein und seiner Familie zweigeteiltes Leben. Die Installation des deutschen Künstlers Jochen Gerz im Grazer Burgtor, genau unter dem ehemaligen Büro Uiberreithers, geht viel weiter und stellt Fragen an die heutige Gesellschaft, wie an die Leser dieser Biographie, provoziert das Nachdenken und schlägt eine Brücke zum Jetzt: über Schuld, Verführung, Schweigen, Widerstand und die Urteilsfindung von Nachgeborenen, ist Mahnung und Auftrag zugleich, sich täglich selbst zu prüfen. Denn Gerz thematisiert die

deutsche und österreichische Nachkriegsgesellschaft und fragt nach ihrer Verantwortung: „Wenn du durch das Tor gehst, schäme dich nicht nur für mich. Wer suchte nach mir? Wer stellte mich vor Gericht? Warum hast du geschwiegen? Wer hat dich zum Komplizen gemacht?“

80 Jahre nach dem Beginn der alliierten Besetzung Österreichs und seiner Befreiung von der NS-Diktatur, deren wesentlicher Repräsentant Uiberreither als Gauleiter und Chef der NSDAP war, liegt nun erstmals seine Biographie – als sein zweigeteiltes Leben vor. ■



Privat

Autor und Hg. Stefan Karner, Historiker, Univ. Prof. Dr., ehem. Institutsvorstand an der Univ. Graz sowie Gründer und langjähriger Leiter des Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Wien-Graz-Raabs. Österr. Wissenschaftler des Jahres (2005); Autor und Hg. zahlreicher Bücher; wiss. Leiter großer Ausstellungen, langjähriger Vertreter Österreichs in den Kommissionen gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit des Europarates und der EU; erfolgreicher Moderator zur Lösung des Kärntner Ortstafelkonfliktes; dzt. Präsident des Österreichischen Schwarzen Kreuzes.

Siehe auch: www.bik.ac.at

Stichwortgeber von Hannah Arendt bis Karl Popper

Der Band, herausgegeben von Wolfgang Sobotka, Claudia Höbarth und Christian Moser-Sollmann, ist bewusst als Korrektiv angelegt: Er will Grundsatzdenken aus der europäischen Tradition gegen ein Diskursklima mobilisieren, das in der Einleitung als moralisierend, aktivistisch und wissenschaftlich ideologisiert beschrieben wird. Der Anspruch ist damit nicht nur bildungsbürgerlich, sondern politisch: Der Sammelband soll „Stichworte“ so liefern, dass sie wieder handlungsleitend werden – als Kriterien, nicht als Parolen. Überzeugend wird dieses Programm dort, wo die Porträts nicht bloß „Stichworte“ nennen, sondern Spannungen und Übersetzungsleistungen sichtbar machen. In den drei hier behandelten Kapiteln stehen drei unterschiedliche Fundamente von Ordnung nebeneinander: religiös-existential (Drimmel), naturrechtlich-personalistisch (Maritain) und historisch-institutionell (Rödter).

„Stichwortgeber“ ist auf Handhabbarkeit angelegt: viele kurze Porträts, ergänzt um Literaturhinweise und ein Zitatergister, laden zur Querlektüre ein. Die Zielgruppe ist ein politisch interessiertes Publikum zwischen Bildungsarbeit, Studium, Journalismus und Praxis.

Heinrich Drimmel

Das Kapitel zu Heinrich Drimmel rahmt ihn als Gegenfigur zur Standpunktlosigkeit: als Konservativen, der Realpolitik nicht als Prinzipienverzicht, sondern als Prinzipienprobe versteht. Drimmel war Publizist und Politiker; zentral sind seine Jahre als Unterrichtsminister (1954–1964) und anschließend als Vize-

bürgermeister in Wien (1964–1969).

Inhaltlich bündelt Drimmel sein Denken in der Sinnfrage. Das Programm „Jedem Leben Sinn und Ziel“ strukturiert Lebensabschnitte (Vorbereitung, junge Familie, Eigentumsbildung, „Lebensernte“) und knüpft daran konkrete politische Aufgaben: Begabtenförderung, familiengerechtes Wohnen, Förderung von Eigentumsbildung.

Drimmel kritisiert Konsumismus und Produktionswahn, warnt vor materialistischen Haltungen, die Konsum mit Glück verwechseln, und sieht in der Familie die „Institution der Zivilgesellschaft schlechthin“ – nicht rein moralisch, sondern funktional, weil sie Reproduktion und Verantwortungsübernahme verbindet. Sein starkes Stichwort ist dabei „Zwischenraum“: Menschenrechte können staatlich garantiert sein, aber sie werden in kleineren Einheiten gelebt. Wenn diese erodieren, wird Freiheit formal, aber nicht real. Als Stichwortgeber liefert Drimmel damit eine harte, heute wieder relevante Frage: Was bleibt von Freiheit, wenn der Staat alles verspricht – und Bürgerinnen und Bürger das Leben in Gemeinschaft verlernen?

Analytisch interessant ist Drimmel gerade dort, wo er Konservatismus gegen seine Karikaturen verteidigt. Das „konservative Prinzip“ ist für ihn Zweifrontenkrieg gegen Revolution und Reaktion: Erhaltung und Stetigkeit – aber ebenso zeitgerechter Abbau des Überalten und der Abbau von Rechten, die zu Unrechten geworden sind. Damit entsteht ein Konservatismus, der Veränderung nicht leugnet, sondern ordnet. Seine Stärke ist Reformfähigkeit ohne

utopischen Überschuss. Seine Grenze liegt in der Übersetzungsfrage: Dort wo Sinn letztlich religiös begründet wird, braucht eine pluralistische Öffentlichkeit allgemein zugängliche Gründe – sonst droht der Eindruck, Politik werde aus Bekenntnis statt aus Argument geführt.

Jacques Maritain

Maritain (1882–1973) wird als „Vater der Christdemokratie“ präsentiert und als Neothomist eingeordnet. Als Stichwortgeber ist er damit weniger Parteistrategie als Ordnungsdenkler. Er übersetzt die Tradition von Thomas von Aquin in ein Werkzeug, um moderne Freiheits- und Menschenrechtsideen mit einer Theorie der menschlichen Natur zu verbinden, anstatt diese als bloße abstrakte Leitkultur zu verstehen. Maritain soll – in dieser Lesart – das Moderne nicht gegen das Christliche ausspielen, sondern beides als wechselseitig stützbar denken: Demokratie braucht moralische Voraussetzungen, Religion darf aber nicht zur politischen Machtausübung werden.

Der Kern ist ein Anti-Utopismus mit pluralistischer Konsequenz. Christdemokratie soll diesseitsorientiert sein: Politik gestaltet die zeitliche Ordnung, sie kann Erlösung nicht herstellen; das Paradies-auf-Erden-Versprechen und die Idee eines „neuen Menschen“ führen in Katastrophen, weil Politik überfordert wird. Daraus folgt eine klare Abgrenzung gegen politische Religionen und Fundamentalismen – aber ebenso gegen einen säkularen Staat, der Werte als bloße Privatsache neutralisiert. Maritain insistiert auf der Autonomie des Weltlichen: Gerade,

weil der Staat säkular ist, muss er Nichtgläubigen gleiche Rechte und Pflichten garantieren; „christlich“ wird Politik nur dort, wo sie diese Gleichheit nicht verletzt. Als Stichwortgeber liefert Maritain damit eine Begründung von Würde und Freiheit, die nicht moralisch beliebig wird – und zugleich eine Theorie, die pluralistische Mitbürger nicht zu Ausnahmen erklärt.

Seine Stärke ist diese Übersetzung: Würde, Freiheit und Gemeinwohl werden zusammen gedacht, ohne Demokratie zu sakralisieren. Seine Betonung von Subsidiarität und „organischer Vielfalt“ (Familie, Dorf, Stadtviertel, Region) schützt Zwischenräume der Verantwortung, ohne den Staat zu entmündigen. Seine Grenze liegt in der Begründungslast: Naturrecht und Gemeinwohl geben Richtung, entscheiden aber nicht automatisch Streitfragen moderner Politik – etwa dort, wo Freiheit, Sicherheit, Eigentum und soziale Gerechtigkeit in harten Zielkonflikten stehen. Das Porträt überzeugt darum am stärksten, wenn es Maritain nicht als „Autorität zum Nachsprechen“ nutzt, sondern als Denkschule, wie man moralische Bindung demokratisch plausibel macht.

Andreas Rödter

Rödter (geb. 1967) ist Zeithistoriker; Studium, Promotion 1995 und seine Professur in Mainz markieren einen akademischen Werdegang, der zugleich in öffentliche Interventionen übergeht. Im Band steht er unter dem Titel „Alternativen zum Regenbogen“ – eine Rahmung, die Kultur, Sprache und Deutung als politische Grundsatzfrage setzt. Rödter wird damit zum Stichwortgeber

einer konservativen Gegenwartsdiagnose: Wie verändern Moralisierung und Deutungs-hoheit das Sagbare, das politisch Machbare und letztlich die demokratische Repräsentation?

Zu Beginn des Kapitels wird man mit einer Moralisierungsthese konfrontiert. Die Abgrenzung der Anhänger der „Regenbogenkultur“ – die die bürgerliche Gesellschaft als rein zerstörerisch und rassistisch verstehen- zu den rechten und konservativen politischen Lagern erfolge weniger über formelle Verbote, sondern vielmehr über eine „moralische Empörung“. Eine „repressive“ Regenbogenkultur ziehe daher die Grenzen des Sagbaren anhand sozialer Sanktionierung. Rödder kritisiert außerdem eine diskursive Dominanz aktivistischer Milieus, die bürgerliche Ordnungsvorstellungen pauschal delegitimierten, und warnt vor der Kombination aus historischer Ahnungslosigkeit und moralischer Eindeutigkeit, insbesondere bei jüngeren Generationen. Politisch schärft er diese Diagnose durch Selbstkritik: Das Bürgertum habe den Deutungskampf auch durch Anpassung verloren, besonders in den Merkel-Jahren; die CDU habe liberalkonservative Positionen marginalisiert, während die AfD Konservatismus reklamiere. Populismus erscheint dadurch nicht als Ursache, sondern als Symptom von Postdemokratie-Erfahrungen: Vertrauen entsteht weniger durch moralische Signale als durch Funktionsfähigkeit – etwa durch verlässliche Regeln und Umsetzung.

Rödder formuliert eine klare, zielgerichtete Agenda für die CDU aus; die Außenpolitik Deutschlands- und der EU- muss realistischer und engagierter



Wolfgang Sobotka, Claudia Höbarth, Christian Moser-Sollmann (Hg.): Stichwortgeber von Hannah Arendt bis Karl Popper. Grundsatzdenker und Grundsatzdenkerinnen für Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, Wien 2025, Böhlau, € 43.-

werden, weg von „missionarischem Idealismus“, denn Europa muss selbstkritischer mit Themen wie der Migration und Währungsunion umgehen. Eine Bildungspolitik kann nur mit praktisch erreichbarer Chancengleichheit funktionieren. Die Digitalisierung darf nur als Werkzeug, jedoch nicht als Zweck, der alle Mittel heilt, eingesetzt werden. Eine zukunftsgerichtete und realistische Klimapolitik muss marktwirtschaftlich sowie ordoliberal eingeraht werden. Die Familienpolitik soll als Stärkung der zentralen Zivilgesellschaftsinstitution fungieren.

Migration muss als regelgebundene Steuerung mit einer

klaren Trennung von Asyl konzipiert werden, um zu funktionieren. Ebenfalls muss sich die EU mit einer regulierten Einwanderung sowie einer staatenübergreifenden, organisierten Grenzsicherung an EU-Außengrenzen auseinandersetzen. Rödder ist als Stichwortgeber stark, weil er Kulturkritik nicht als Endpunkt nimmt, sondern als Beginn einer Ordnungspolitik, die wieder Verantwortung, Regeln und institutionelles Vertrauen betont. Seine Grenze liegt in der Chiffre: Wer „Regenbogen“ als Sammelbegriff wählt, riskiert, reale Diskriminierungserfahrungen und legitime Gleich-

heitsansprüche zu schnell in den Verdacht bloßen Aktivismus zu ziehen. Nur wenn diese Ambivalenz im Kapitel selbst reflektiert wird, bleibt die Diagnose ein Beitrag zur Demokratie statt ein weiterer Polarisierungsverstärker.

Gemeinsame Werte, Spannungen und Gegenwartsbezug

Trotz sehr verschiedener Begründungen teilen die drei Porträts einen Wertekern: Anti-Utopismus, Skepsis gegenüber totalitären Versprechen, Vorrang von Person und Verantwortung, Schutz intermediärer Institutionen (Familie, Gemeinschaft, Zivilgesellschaft) und der Anspruch, Politik als Ordnung der Freiheit zu begreifen. Die Spannungen sind dabei nicht Störgeräusch, sondern Erkenntnis: Drimmel verlangt Sinn und Bindung, riskiert aber konfessionelle Engführung; Maritain bietet die pluralismusfähigste Übersetzung, trägt jedoch hohe Begründungslast; Rödder verschärft die Frage nach Diskurs und Repräsentation, riskiert aber,

selbst in Chiffren zu sprechen. Gerade diese Spannungssache macht sie als „Stichwortgeber“ brauchbar: nicht als drei Wahrheiten, sondern als drei Prüfsteine.

Gerade die aktuelle Lage macht diese Fragen konkret. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine dauert an. Die Europäische Union bekräftigt in einer gemeinsamen Erklärung ihrer Spitze zum vierten Jahrestag ihre langfristige Unterstützung als strategische Notwendigkeit und verknüpft sie mit der Verteidigung europäischer Ordnungsvorstellungen. Parallel wirkt auch die Abhängigkeit von den USA als Verwundbarkeit – nicht, weil die USA als Gegner zu lesen wären, sondern weil verschobene Prioritäten, innenpolitische Volatilität und Lastenteilungsdebatten Europas Handlungsspielräume unmittelbar beeinflussen. Dass die internationale Ordnung als regelgebundener Raum erodiert und Machtpolitik wieder offen sichtbar wird, thematisiert etwa auch ein Lagebild des Bundesministeriums für Landesverteidigung.

In einem solchen Umfeld wirkt konservatives Handeln schnell defensiv: zu wenig konkret, zu sehr reaktiv – und damit anfällig für den Eindruck, Populismus könne „klarer“ sein, weil er einfacher ist. Gerade hier zeigen die drei Stichwortgeber ihren Nutzen: Drimmel erinnert daran, dass Politik ohne Sinn und Bindung in bloße Verwaltung kippt; Maritain zeigt, wie man religiöse Motivation demokratisch übersetzen kann, ohne sie zu entleeren oder aufzuzwingen; Rödder zwingt dazu, Diskurs- und Vertrauenskrisen als politisches Problem ernst zu nehmen. Ob der Band damit Orientierung stiftet oder Polarisierung verstärkt, hängt zuletzt davon ab, ob man seine Stichworte als Einladung zum Denken nutzt – oder als Ersatz dafür.

Florian Neuhauser ■

Alle zwei Stunden stirbt ein Christ

Der Weltverfolgungsindex 2026 zeichnet ein erschütterndes Bild, und die Welt schaut weg

Die Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich trägt die Erfahrung des Totalitarismus in ihrem Namen. Ihre Mitglieder wissen: Freiheit ist nie ein Geschenk. Sie muss erkämpft und verteidigt werden, immer wieder, in jeder Generation. Diese Erfahrung verpflichtet uns, den Blick nicht nur auf die eigene Geschichte zu richten, sondern auch nach außen zu lenken. Dorthin, wo Menschen heute für ihren Glauben verfolgt, gefoltert und getötet werden. Die Berichte, die uns erreichen, sind erschütternd.

Salamatu lebte mit ihrer Familie in einem Dorf im nigerianischen Bundesstaat Yobe. Dann kamen die Kämpfer von Boko Haram. Sie erschossen ihren Mann und den Dorfpastor, zündeten die Kirche an. Salamatu floh mit ihren Kindern und Enkelkindern. Zurückkehren kann sie nicht: „Boko Haram hat uns wissen lassen, dass sie uns umbringen, wenn wir zurückkommen.“ Aweis, ein christlicher Konvertit aus Somalia, lebt seit seiner Taufe mit Morddrohungen seines eigenen Vaters. Sein Clan hat ihn vollständig verstoßen. Hinter jeder Zahl des Weltverfolgungsindex 2026 steht ein Mensch wie Salamatu oder Aweis.

Eine Bilanz des Schreckens

Der am 14. Jänner 2026 veröffentlichte Weltverfolgungsindex (WVI) von Open Doors belegt: Rund 388 Millionen Christen weltweit sind einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt, ein neuer Höchststand. Im Berichtszeitraum Oktober 2024 bis September 2025

wurden mindestens 4.849 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Das sind 13 Menschen pro Tag. Alle zwei Stunden stirbt ein Christ, weil er Christ ist.

Nigeria: Das Epizentrum der Gewalt

Von den weltweit 4.849 getöteten Christen starben 3.490 in Nigeria, 70 Prozent aller Opfer. Von zehn Christen, die weltweit wegen ihres Glaubens ermordet werden, sind sieben Nigerianer. Dazu kommen 2.293 Entführungen und über 1.000 Fälle sexueller Gewalt. Im Norden des Landes operieren Boko Haram, der „Islamische Staat Westafrika“ (ISWAP) und militante Fulani-Milizen nahezu ungehindert. Ganze Dörfer werden ausgelöscht, Kirchen niedergebrannt, Gemeinden entwurzelt.

Immer wieder wird versucht, diese Gewalt als bloßen Ressourcenkonflikt oder als Folge des Klimawandels zu erklären. Doch wer die Opfer ernst nimmt, muss auch die Täter ernst nehmen. Überlebende berichten, dass die Angreifer „Allahu akbar“ rufen und Christen gezielt als „Ungläubige“ auswählen. Entführungsoffer hören die Worte: „Wir werden alle Christen vernichten.“ Wer das auf Klima und Weideland reduziert, verweigert den Opfern die Anerkennung dessen, was ihnen wirklich angetan wird: Verfolgung um des Glaubens willen. 93 Prozent aller dokumentierten Todesfälle ereigneten sich in Subsahara-Afrika. Der Kontinent blutet.

Syrien: Statt Hoffnung neue Bedrängnis

Die dramatischste Veränderung im WVI 2026 betrifft Syrien: Das Land stieg von Platz



18 auf Platz 6. Nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 hatten viele auf Besserung gehofft. Das Gegenteil trat ein. Mindestens 27 Christen wurden im Berichtszeitraum wegen ihres Glaubens getötet. Lautsprecherwagen rufen öffentlich zur Konversion auf, an Kirchentüren fordern Zettel die Zahlung einer Kopfsteuer. Heute leben nur noch rund 300.000 Christen in Syrien. Der Nahe Osten, die Wiege des Christentums, verliert seine ältesten Glaubensgemeinschaften.

Verfolgung kennt viele Gesichter

In Nordkorea, seit über zwei Jahrzehnten Platz 1 des WVI, gelten Christen als Staatsfeinde. Zehntausende vegetieren in Arbeitslagern. In China drängt der Staat Christen mit digitaler Überwachung und dem Verbot von Bibel-Apps in den Untergrund. In Pakistan führen Blasphemie-Vorwürfe zu Lynchjustiz, Frauen und Mädchen religiöser Minderheiten werden entführt und zwangsverheiratet. In Algerien hat die Regierung sämtliche protestantischen Kirchen geschlossen, mehr als drei Viertel der Christen haben den Kontakt zu einer Gemeinde verloren.

Keine ferne Angelegenheit

Daniel Soudek, Leiter der Stabsstelle Internationaler Schutz Verfolgter Religiöser Minderheiten im Bundeskanzleramt, bringt es auf den Punkt: „Es ist ein Irrtum, Christenverfolgung als fernes Problem zu betrachten. Zwischen Zwangskonversionen, Vertreibungen und Kirchenbränden in Krisenregionen und Angriffen auf kirchliche Symbole in Europa gibt es eine ideologische Linie. Der Unterschied liegt häufig nicht im Prinzip, sondern im Ausmaß der Gewalt: Was anderswo mit Terror, Entführung und Mord durchgesetzt wird, zeigt sich hier zunächst als Einschüchterung, Vandalismus, Hetze und Normalisierung von Respektlosigkeit gegenüber christlichen Symbolen.“

Seien wir also wachsam. Seien wir nicht gleichgültig, nicht nur aus Solidarität mit verfolgten Menschen, mit unseren Brüdern und Schwestern im Glauben, sondern auch, weil wir unsere eigene Freiheit bewahren wollen. Im Wissen, dass Österreich keine Insel ist, sondern Teil dieser Welt, und die wachsende Christenfeindlichkeit auch uns bedroht. Wie, werden wir in einem kommenden Artikel behandeln.

Jan Ledóchowski ■

G E D E N K S T E I N



Hildegard Baroness Huebmershofen von Silbernagl



Hildegard von Ballusek, genannt *'Hilde'*, kommt in Ölmütz im Mähren [heute: Olomouc im Tschechien] am 28. Juni 1898 als eheliche Tochter des Industriellen und Gutsbesitzers Karl von Ballusek zur Welt. Nach der Volksschule zieht sie nach Wien zu ihrer Großmutter und Tante, wo sie das Gymnasium besucht und dort maturiert. Von kleinauf verfügt sie neben Deutsch- und Tschechischkenntnissen über sehr profunde Kenntnisse der politischen Sprache. 1917 heiratet sie den Dragoneroffizier und Rittmeister Kurt von Longardt. Nach ihrer Hochzeit verbringt sie die Sommer am Landgut bei Olmütz und die Winter in Wien.

Nach der Niederlage Österreich-Ungarns, der Zerschlagung der Doppelmonarchie und

der Vertreibung des Hauses Habsburg nimmt sie die österreichische Staatsbürgerschaft an, verbringt aber weiterhin den Sommer in Olmütz. In weiterer Folge adoptierte sie die 1926 geborene Vollwaise Ly Rothaug.

Am 12. März 1938 erlebt Hildegard von Longardt, wie mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht, das freie und unabhängige Österreich untergeht. Am 15. März 1939 wird Olmütz im Rahmen der Besetzung der sogenannten *'Rest-Tschechoslowakei'* besetzt und die Güter der Familie von Ballusek beschlagnahmt. Der Grund der Maßnahme lässt sich nicht mehr eruieren.

1941 läßt sich Hildegard von Longardt von Kurt von Longardt scheiden. Danach wird sie aufgrund ihrer Polnischkenntnisse in das Passamt im besetzten Krakau zwangsverpflichtet. Dort verhilft sie Juden und Polen zu Papieren, um sie vor

weiterer Verfolgung zu schützen.

Ihre Tätigkeit für die von den Nationalsozialisten verfolgten Juden und Polen bleibt nicht unentdeckt. Am 3. Dezember 1943 wird sie von der Gestapo wegen *'Sabotage'* und *'Juden- und Polenbegünstigung'* verhaftet und in das Gestapo-Männergefängnis Montelupich-Krakau gebracht. Dort wird sie im Rahmen von Verhören schwer misshandelt.

Unmittelbar vor dem Beginn des Kampfes um Warschau, der am 1. August 1944 beginnt, wird Hildegard von Longardt am 26. Juli 1944 aus der Haft nach Wien entlassen. Hier angekommen, erhält sie im Jänner 1945 einen weiteren Haftbefehl, mit einer Einweisung nach Görlitz. Aufgrund ihres schlechten gesundheitlichen Zustandes durch die Verhöre und dem unermüdlichen Einsatz des Rechtsanwaltes Franz Graczol gelingt es ihr, durch

vorläufige Haftunfähigkeit den Haftbefehl auszusetzen. Der bald danach einsetzende Kampf um die Befreiung Wiens verhindert eine weitere Verhaftung.

In Wien erlebt Hildegard von Longardt die Befreiung Österreichs und die Wiedererrichtung der Republik im April bzw. Mai 1945. Sie tritt der neugegründeten *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) und der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich* bei. Im gleichen Jahr heiratet sie den Offizier Eduard Baron Huebmershofen von Silbernagl. Hildegard Baroness Huebmershofen von Silbernagl arbeitet danach als Sekretärin in Wien.

Als solche geht Hildegard Baroness Huebmershofen von Silbernagl in Pension und verstirbt am 4. September 1972 in Gußwerk in der Steiermark. Sie findet ihre letzte Ruhestätte am Friedhof in Wien-Hietzing. ■

G E D E N K S T E I N



Oberschulrat Maria Josefa Cäzilia Holubowsky



Maria Josefa Cäzilia Holubowsky kommt am 22. August 1894 in Wien als eheliche Tochter des Volksschullehrers Rudolf Holubowsky und seiner Gattin Maria, geborene Threun, zur Welt. Nach der Volks- und Bürgerschule, besucht sie nach

einem Vorbereitungskurs die Lehrerinnenbildungsanstalt St. Ursula im 1. Wiener Gemeindebezirk, wo sie am 10. Juli 1913 maturiert.

Nach ihrer Matura absolviert Maria Holubowsky ihr Unterrichtspraktikum und absolviert 1915 die Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen. 1918

erlebt die gläubige Katholikin die Niederlage Österreich-Ungarns, die Zerschlagung der Doppelmonarchie und die Vertreibung des Hauses Habsburg. 1919 absolviert sie die Lehrbefähigungsprüfung für Hauptschulen mit den Fächern Deutsch, Geographie und Geschichte.

In den 1920er und 1930er Jahren ist Maria Holubowsky politisch nicht aktiv, aber eine entschiedene Gegnerin des Nationalsozialismus. Aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus macht die gläubige Katholikin keinen Hehl. Nachdem sie Hauptschullehrerin an der

► Hauptschule Sperlgasse im 2. Wiener Gemeindebezirk war, wird sie 1937 zur provisorischen Leiterin der Hauptschule Reisnerstraße im 3. Wiener Gemeindebezirk.

Am 12. März 1938 muss Maria Holubowsky erleben, wie mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht, das freie und unabhängige Österreich untergeht. Bereits am 15. März 1938 wird sie von den deutschen Besatzern als provisorische Hauptschuldirektorin abberufen und mit 28. Februar 1940, nach vielen Anfeindungen durch Kollegen, durch Zwangspensionierung entlassen. Danach muss sie von einer kleinen Pension leben.

Im Jänner 1944 schließt sie sich der Widerstandsgruppe

Gruppe Freies Österreich/ Gruppe Karl Gruber (FÖ) um den Schriftsteller Karl Gruber an. Ziel dieser überparteilichen, aber eher dem christlichsozialen Lager zurechenbaren Gruppe ist die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Besetzung und der Wiedererrichtung seiner Eigenstaatlichkeit. Werden zuerst nur Flugzettel produziert, so wird ab dem 15. November 1943 im Wiener *Vorwärts-Verlag* heimlich die Kampfzeitung *„Freies Österreich! Blätter für Friede, Freiheit und Fortschritt“* herausgegeben. In insgesamt sechs Ausgaben wird darin, neben den Forderungen nach der Wiedererrichtung des freien und unabhängigen Österreichs

und der Überwerfung des nationalsozialistischen Terrorregimes, von den Kriegsschauplätzen und den Niederlagen deutscher Truppen berichtet.

Maria Holubowsky hilft aktiv an der Verteilung der Zeitschriften mit und wirbt neue Mitglieder. Im Frühherbst 1944 wird die Gruppe von der Gestapo aufgedeckt und Maria Holubowsky am 16. Oktober 1944 verhaftet. Ihr soll ein Prozess wegen *„Vorbereitung zum Hochverrat“* gemacht werden. Nur die Niederlage des Deutschen Reiches bewahrt sie vor einem Verfahren vor dem Volksgerichtshof. Sie kommt am 5. April 1945 aus der Haft frei.

In Wien erlebt Maria Holubowsky im April bzw. Mai

1945 die Befreiung Österreichs und die Wiedererrichtung der Republik. Bereits am 12. Juni 1945 wird sie rehabilitiert und tritt ihren Dienst an der Hauptschule Herzgasse im 10. Wiener Gemeindebezirk an, wo sie zur Direktorin bestellt wird. Sie tritt der neugegründeten *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)* und der *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich* bei.

Als Direktorin ist Maria Holubowsky sehr angesehen und erhält unzählige Belobigungen für ihren Einsatz. Im August 1956 geht sie in den Ruhestand und verstirbt am 22. April 1979 in Wien.

Markus Kroiber ■

Die ersten Ermittlungen zu NS-Verbrechen nach dem 2. Weltkrieg

Zwei Monate nach der Kapitulation der Wehrmacht begannen am 12. Juli 1945 die Ermittlungen zum Todesmarsch von Engerau (heute ein Teil Bratislavas) nach Bad Deutsch-Altenburg. Am 29. März war das Lager Engerau, in dem ungarischen Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, vor der heranrückenden Roten Armee evakuiert worden. Bei dem nächtlichen Marsch töteten SA-Männer mehr als hundert Gefangene.

Den Auftrag, die polizeilichen Erhebungen durchzuführen, erhielt damals Kriminalrevierinspektor Johann Lutschinger, mein Urgroßvater. Wahrscheinlich war ihm nie bewusst, dass seine Ermittlungen der Beginn der „größten, umfangreichsten und am längsten andauernden gerichtlichen Ermittlungen wegen NS-Verbrechen in der



Johann Lutschinger

österreichischen Nachkriegsgeschichte“, wie Claudia Kuretsidis-Haider vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) die Engerau-Prozesse einordnet, waren.

Um die außergewöhnliche Situation der Ermittlungen zu verstehen, muss man sich die

damalige Situation Österreichs vor Augen führen. Als der Fall am 15. Mai durch eine Anzeige von Rudolf Kronberger ins Rollen gebracht wurde, hatte die provisorische Regierung erst vor drei Wochen Österreichs Unabhängigkeit erklärt. Justiz und Gendarmerie wurden gerade neu aufgestellt. Auch wenn die Politik keinen Zweifel daran ließ, die nationalsozialistischen Verbrechen aufklären zu wollen – Leopold Figl kündigte etwa in einer Rede harte Strafen an –, so waren die allgemeinen Umstände für die Ermittlungen herausfordernd.

In dieser Lage erhielt Lutschinger den Auftrag, der Anzeige nachzugehen. Er machte sich daraufhin auf den Weg nach Engerau, wo er feststellte, dass in der Tschechoslowakei bereits eine Untersuchungskommission eingesetzt worden war, die die Verbrechen im Zwangsarbeiterlager

erheben sollte. Ende 1944 waren etwa 2.000 Juden nach Engerau gebracht worden, wo sie unter widrigsten Umständen an der militärisch sinnlosen Errichtung des Südostwalls arbeiten mussten. Die Zwangsarbeiter waren notdürftig untergebracht, chronisch unterernährt und medizinisch nicht versorgt. Das Sterben wurde bereits wenige Tage nach der Ankunft zum Alltag für die Gefangenen. Die Untersuchungskommission berichtete Lutschinger von 460 Leichen, die man in fünf Massengräbern vor Ort fand.

Der Todesmarsch von Engerau

Der Evakuierungsmarsch, den Lutschinger untersuchte, nahm in Engerau seinen Ausgang und führte über Wolfsthal und Hainburg bis nach Bad Deutsch-Altenburg. Die rund 70



Sohn Alfred Lutschinger, Johann Lutschinger, Chauffeur

konnte, wurde sie kaser- niert und zur Zwangsar- beit in Wien herangezo- gen. Johann verlor seine Anstellung als Gendarm und die Landwirtschaft Marias Familie in Drösing in Niederösterreich wurde „arisiert“. In den letzten Kriegstagen zündeten Nationalsozialisten das

Haus der Familie in Drösing an und erschossen Marias Bruder. Für Johann waren die Ermittlungen wohl die Gelegenheit zumindest für etwas Gerechtigkeit zu sorgen.

In unserer Familie war sein Mitwirken an den Engerau-Prozessen bis vor wenigen Jahren gänzlich unbekannt. Erst als Claudia Kuretsidis-Haider (DÖW) den Kontakt zu uns aufnahm, erfuhren wir von seinem Einsatz. Mein ausdrücklicher

Dank gilt ihr für die gründliche Aufarbeitung der Engerau-Prozesse und den Hinweis auf die Rolle meines Urgroßvaters. Ich habe ihre wissenschaftlichen Arbeiten als Hauptquellen für diesen Artikel genutzt und kann ihren Beitrag „Die ersten polizeilichen Ermittlungen wegen NS-Verbrechen in Österreich – Revierinspektor Johann Lutschinger und die Beweissicherung in der Strafsache Engerau“ sehr für eine weiterführende Lektüre empfehlen.

Felix Ofner ■

Die bereits im Freiheitskämpfer Nr. 78 erwähnte Wanderausstellung „Hitlers Exekutive. Die österreichische Polizei und der Nationalsozialismus“ ist seit 20. März 2026 in Oberösterreich (Schloss Hartheim) zu sehen. Danach folgen Vorarlberg (Stadtmuseum Dornbirn ab Sommer/Herbst 2026) und Tirol 2027. Johann Lutschingers Tätigkeit ist Teil dieser Ausstellung.

SA-Wachmänner töteten bereits beim Aufbruch die ersten Juden. Kronberger, selbst einer der SA-Männer, beschrieb die Szenen als „Hasenjagd“. Wer aus Erschöpfung nicht mehr weiter konnte, wurde erschossen.

Mit Hilfe weiterer Zeugen- aussagen konnte Lutschinger eine Tatortskizze anfertigen und 90 Leichen zuordnen. Eine Kommission des Volksgerichts exhumierte später noch zehn weitere Opfer des Marsches, die an der Route vergraben worden waren. Außerdem deckte Lutschinger auf, dass auch am 30. März bei einem Evakuierungs- transport von Bruck an der Leitha weitere Juden erschossen und in Bad Deutsch-Altenburg bestattet worden waren.

Bereits vom 14. bis 17. August 1945 wurde der 1. Engerau-Prozess verhandelt. Lutschinger schilderte dort seine akribisch zusammengetragenen Ermittlungsergebnisse. Am Ende wurden drei der SA-Wachmänner zum Tode verurteilt und hingerichtet. Einer von ihnen war der Anzeiger selbst, Rudolf Kronberger. Ein weiterer Angeklagter wurde zu 19 Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1948 bedingt entlassen. Es folgten fünf weitere Engerau-Prozesse.

Familiengeschichte und historische Aufarbeitung

In ihrer Aufarbeitung der Engerau-Prozesse schildert Kuretsidis-Haider (DÖW) mit

welchem Engagement Johann Lutschinger seine Ermittlungen führte und wie er damit wesentlich zum Erfolg der Anklage beitrug. Die Motivation für diesen Einsatz liegt wohl in unserer Familiengeschichte. Seine Frau Maria entstammte einer jüdischen Familie und wurde von den Nationalsozialisten als „Volljüdin“ eingestuft. Auch wenn Johann seine Frau durch das Aufrechterhalten der Ehe vor der Deportation bewahren



Revierinspektor Hugo Lunardon, Gendarmeriepostenkommandant von Dornbirn. Er war den Nationalsozialisten so verhasst, dass sie ihn noch in der Nacht auf den 12. März 1938 in „Schutzhaft“ nahmen. Der zweifache Vater wurde ins KZ Dachau und nach Kriegsbeginn nach Mauthausen verschleppt, wo er Mitte März 1940 „regelrecht verhungerte“, wie Zeugen berichteten. (Quelle: Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv der Johann-August-Malin-Gesellschaft.)

Erratum „Auf ja und nein werden die Nazis in der Regierung sein“ (FK Nr.78/S. 14/15)



Dieses Familienfoto aus den 1920er Jahren steht geradezu sinnbildlich für die österreichische Exekutive im Ständestaat. In der Mitte der oberösterreichische Gendarmerie-Bezirksinspektor Adolf Kranebitter, ein Gendarm in bester altösterreichischer Beamten- tradition. Links von ihm sein Sohn Fritz Kranebitter, Beamter der Wiener Sicherheitswache, illegaler Nationalsozialist und späterer gefürchteter Gestapo-Beamter und SS-Sturm- bannführer. Rechts der Schwiegersohn, Gendarm Josef Schmir, späterer Kriminalbeamter in Linz, der im März 1938 von den Nationalsozialisten ermordet wurde. (Quelle: Sammlung Gottfried Gansinger, Ried im Innkreis.)

Gedenken in Tirol/Vorarlberg und Niederösterreich

Innsbruck Reichenau am 27. Jänner

„Wir legen heute gemeinsam den Kranz nieder für alle, die unter dem Unrecht der NS-Diktatur gelitten haben. Wir dürfen die grausamen Verbrechen und das unbeschreibliche Leid der Opfer niemals vergessen. Im Lager Reichenau und an vielen anderen Orten wurden unschuldige Menschen inhaftiert, gefoltert und ermordet. Wir haben die Pflicht, ihr Andenken für alle Zeit zu bewahren“, unterstreicht Landesobmann Clemens Hornich von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich. ■



(v.l.n.r.) Vizebürgermeisterin Elisabeth Mayr, Bürgermeister Johannes Anzengruber, Landtagsabgeordnete Elisabeth Fleischanderl und Wolfgang Grünzweig von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Landtagsabgeordneter Christoph Appler und Landesobmann Clemens Hornich von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten bei der Kranzniederlegung vor dem Mahnmahl Reichenau.

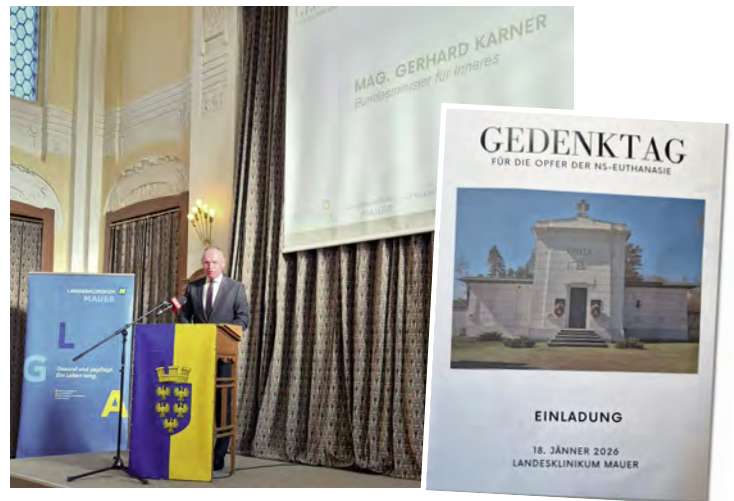
Gedenken im Landeskrankenhaus Mauer-Öhling

Im Landeskrankenhaus Mauer-Öhling wurde am 18. Jänner der Opfer der nationalsozialistischen Medizinverbrechen gedacht.

Während der NS-Zeit wurden dort 2.848 Patientinnen und Patienten im Rahmen der sogenannten NS-Euthanasie ermordet. Innenminister Gerhard Karner erinnerte daran, dass die damalige „Heil- und Pflegeanstalt“ für viele Betroffene ein Ort der Hoffnung gewesen sei – stattdessen seien sie unter dem Deckmantel medizinischer Behandlung ausgegrenzt, deportiert und getötet worden. Die Verbrechen mahnten bis heute

zu Wachsamkeit und dazu, für eine Gesellschaft einzustehen, in der jedes Leben gleich viel wert ist.

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung wurde zudem eine Gedenktafel für elf in Mauer ermordete Kriegsgefangene aus der Sowjetunion, Polen, Serbien, Frankreich und Italien enthüllt. Ihre Gräber befinden sich ebenso wie jene von rund 1.100 am Klinikgelände bestatteten Opfer der NS-Euthanasie am Anstaltsfriedhof, der aktuell zeit-historisch aufgearbeitet wird – auch im Hinblick auf die niederösterreichische Landesausstellung 2026 „Wenn die Welt Kopf



steht – Mensch.Psyche.Gesundheit“. Unsere Kameradschaft war durch den niederösterreich-

chischen Landesobmann Mag. Johannes Legler vertreten. (Quelle IKG Wien) ■

13. November – Todestag Carl Lampert

Zum Todestag 13. November 1944 des seligen Carl Lampert versammelten sich zahlreiche Gläubige in der Pfarrkirche Göfis. Bischof Elbs gestaltete die Gedenkmesse.

Echter Glaube braucht Mut, der bereit ist auch Widerstand zu leisten, wenn Menschlichkeit und Wahrheit auf dem Spiel stehen. Mit diesen Worten würdigte

Bischof Bruno Elbs die Standhaftigkeit Lamperts. Im Zentrum der Feier stand die neue Gedenkstätte, die 2024 neugestaltet wurde. Bei der Andacht gedachten wir an Carl Lampert. Der Landesverband Tirol und Vorarlberg der ÖVP Kameradschaft war durch mehrere Kameradinnen und Kameraden bei der Gedenkfeier vertreten.

Clemens Hornich ■

EINLADUNG zur Gedenkfeier für Dr. Carl Lampert in Göfis (bei Feldkirch) am Donnerstag, 13. November 2025

Anlässlich seines 81. Todestages, Lampert wurde von Nationalsozialisten am 13. November 1944 in Halle (Saale) hingerichtet. Geboren wurde Carl Lampert am 9. Jänner 1894 in Göfis, am 13. November 2011 wurde Dr. Carl Lampert in Dornbirn seliggesprochen. Im Jahre 2024 wurde der Vorplatz der Pfarrkirche Mariahilf in Innsbruck als Dr.-Carl-Lampert-Platz anlässlich seines 80.ten Todestages benannt. Ablauf: 16:00 Uhr Andacht in der Pfarrkirche in Göfis mit anschließender Führung und Bewirtung mit Kuchen und Kaffee 19:00 Uhr Gedenkmesse in der Pfarrkirche

Gedenken im März

2025 ergaben sich durch ihren Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft eine Reihe von runden Jahrestagen für Gedenken. Diese wurden auch in besonderer Weise begangen und niemand zweifelte seine Berechtigung an. Besteht aber deswegen für ein „normales“ Jahr wie heuer ein Erklärungsbedarf? Sind jährliche Gedenken eine Selbstverständlichkeit? Setzen wir uns nicht der

Gefahr aus, Stoff für den Spruch von Karl Valentin zu liefern: „Es ist zwar schon alles gesagt worden, aber no net von an jeden.“? Oder gilt doch eher das Diktum des renommierten Chefredakteurs einer Qualitätszeitung, Otto Schulmeister, „Journalismus ist Wiederholung“? Was heißen will, man kann eine Botschaft nicht oft genug an den Mann oder die Frau bringen.

Warum also jährliche Gedenken? In den Religionen sind sie

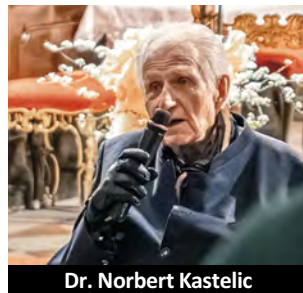
unumstritten. Gläubigen Christen ist die Bedeutung von Weihnachten und Ostern hinlänglich bekannt. Das jeweilige Evangelium birgt keinerlei Überraschung in sich. Dennoch erleben wir das Mysterium jedes Mal neu. Wir werden auch in der Wandlung bei jeder Messe daran erinnert: „Tut dies zu meinem Gedächtnis.“

Ja, das Erinnern und das Gedächtnis hat seine Berechtigung. Wir ehren damit Personen

für ihre besonderen Leistungen und auch erlittenen Schicksale. Daher werden wir weiterhin die verschiedenen Gedenken abhalten. Vieles mag in den Ansprachen eine Wiederholung von früheren Jahren sein, doch so wie es ein versierter Prediger schafft, immer wieder neue Aspekte eines Festtages hervorzuholen, gelingt es oft Gedenkrednern neue Gesichtspunkte einzubringen oder kaum Bekanntes in einen größeren Zusammenhang zu stellen. ■

12. März 2026: Gedenkmesse in der Michaelerkirche

In diesem Sinn wurde wieder eine Messe für die Opfer des Nationalsozialismus und der Bombardierung des Philipphofes gefeiert. Bundesobmann Dr. Norbert Kastelic begrüßte die Teilnehmer, unter ihnen den Sprecher der Opferverbände Dr. Winfried Garscha, und betonte die Wichtigkeit des jährlichen Gedenkens. Zelebrant war diesmal Pater Erhard Rauch SDS. Für den Gesang sorgte erneut der Chor der Altkalksburger Vereinigung unter Leitung von Dr. Stefan Wurst, wofür allen Beteiligten ein herzlicher Dank gilt. Nach der Liturgie begaben sich die Messbesucher zum Dachauer Kreuz in der Turmkapelle. Die Ansprache hielt Bezirksvorsteher MMag. Markus Figl, der trotz seiner neuen politischen Funktion der ÖVP Kameradschaft die Treue hält. Er verwies auf die Bedeutung dieses Kreuzes als jährlichen Treffpunkt von Überlebenden des KZ Dachau, und zwar nicht nur von Katholiken, sondern auch von Sozialisten und Kommunisten.



Dr. Norbert Kastelic

Das weitere Gedenken der ÖVP Wien fand am **Albertinaplatz** statt, wo zuvor der **Philipphof** stand. Heute befindet sich hier eine Skulptur des Bildhauers Alfred Hrdlicka. Im Vorjahr wurde noch eine Stele errichtet, in dessen eingraviertem Text an die Ereignisse vor nunmehr 81 Jahren erinnert wird. In einer eindrücklichen Rede wurden wir an die Schicksale der Bombenopfer des 12. März 1945 erinnert. ■



BV Figl und Klubobmann Raidl

Gedenken am 13. März 2026

Die drei Stationen werden traditionellerweise von der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände gestaltet.

Um 9 Uhr war der Treffpunkt vor dem Amtshaus Floridsdorf, wo sich eine **Gedenktafel** für die österreichischen Patrioten, Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke befindet. Ihre Absicht war, Wien bei dem Einmarsch der Roten Armee vor den größten Zerstörungen zu bewahren. Sie wurden jedoch verraten und im April 1945 gehängt. Bei der Gedenkfeier war Floridsdorf durch Bezirksvorsteherstv. Josef Fischer und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) durch Stephan Roth vertreten. Auch heuer nahmen wieder Schülerinnen und Schüler des Berta von Suttner-Gymnasiums (Schul-schiff) an der Gedenkfeier teil.



Floridsdorf Am Spitz

Durch die Unterstützung des Präsidenten des Landesgerichts Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, konnte der zeitliche Ablauf der dortigen Baustelle so gestaltet werden, dass die **zweite Station im Grauen Haus** noch am üblichen Gedenkort möglich war. Er nützte seine Ansprache in der Gedenkstätte (ehemalige Hinrichtungszelle), um auf das Verhalten von Richtern unter der NS-Herrschaft einzugehen. Etliche von ihnen fällten Urteile, die ganz offensichtlich ►



LG-Hinrichtungsraum

U. Schwarz

eine Rechtsbeugung darstellen. Dennoch hatten kamen sie nach dem Zweiten Weltkrieg entweder ganz oder fast ungeschoren davon. Ursula Schwarz (DÖW) präsentierte eklatante Fälle von

österreichischen Richtern, die die allgemeinen Feststellungen Forsythubers belegen. Für diese Station zeichnet traditionell unsere Kameradschaft verantwortlich. Bundesobmannstv. Gaby Wagner konnte daher auch mehrere Vertreter aus den Landesorganisationen begrüßen.



Kranzniederlegung Morzinplatz

Gestapo-Saltzorgasse



Brigadier Wagner, Kroiher, Wagner, BM Mag. Klaudia Tanner, Garscha, Harwanegg, General Striedinger

Märzgedenken des österreichischen Bundesheers

Auch heuer hielt das österreichische Bundesheer am 12. März eine Gedenkfeier im Weiheraum beim Äußeren Burgtor ab. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner legte zusammen mit Generalstabschef General Rudolf Striedinger und dem Militärkommandanten von Wien, Brigadier Kurt Wagner, einen Kranz nieder, um an die Annexion Österreichs durch das NS-Regime im Jahr 1938 zu erinnern. Die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände nahm an diesem Gedenken teil.

Die abschließende dritte Station bildete das Gedenken am Morzinplatz, vor dem Figl-Hof, wo sich das Hotel Metropole befand, das die Gestapo als ihre Leitstelle Wien verwendete. Wie zuletzt trug eine Klasse des Gymnasiums Feldgasse (Josefstadt) ihre Erinnerungen zum Thema vor. An allen drei Orten legten die Vertreter der Opferverbände Kränze nieder. Der Dank für die Koordination der drei Veranstaltungen gilt dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Dr. Winfried Garscha, der auch an allen drei Gedenken teilnahm. **PM**

VORSCHAU

auf Veranstaltungen
im 2. Quartal 2026

Sonntag, 12. April

13 Uhr Gedenkveranstaltung
der Arbeitsgemeinschaft am
Friedhof Hadersdorf am Kamp

15 Uhr Gedenkveranstaltung
am **Friedhof Stein** und im
**Gefangenenhaus der Stadt
Krems**, von der Arbeitsge-
meinschaft mitgestaltet
(Autobusmitfahrmöglichkeit)

Sonntag, 10. Mai

Gedenkveranstaltung in
Mauthausen (Autobusmit-
fahrmöglichkeit)

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idGF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann Dr. Norbert Kastelic, Obmann-Stv. Matthias Denifl, Mag. Markus Kroiher, Mag. Wolfgang Schwarz und Gabriele Wagner. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Impressum:



**Medieninhaber
und Herausgeber:**
Kuratorium der ÖVP
Kameradschaft der politisch
Verfolgten und Bekenner für
Österreich, 1080 Wien,
Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Chefredaktion: Mag. Paul Mycha-
lewicz (PM)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK)
Organisation: Mag. Stephan Kastelic
Fotos: ÖVP Kameradschaft Bund,
Niederösterreich, Tirol, ÖVP Wien,
Ulrike Garscha, Privat, TP
Satz/Umbruch: Tanja Pichler
Druck: druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at